



**NIEDERSCHRIFT**  
(öffentlicher Teil)  
**87. Sitzung des Bauausschusses**

Sitzungstermin:	Montag, 19.06.2023	
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr	
Sitzungsende:	18:43 Uhr	
Sitzungsort:	Großen Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6, 23560 Lübeck	
<b>Anwesende Mitglieder</b>		
<b>Vorsitz</b>		
Christopher Lötsch - CDU Fraktionsvorsitzender		
<b>Mitglieder aus der Bürgerschaft</b>		
Sabine Haltern - SPD & FW Stellvertr. Fraktionsvorsitzende		
Thomas Markus Leber - FDP		
Ulrich Pluschkell - SPD & FW		
<b>stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.</b>		
Barbara Steffen - CDU	Vertretung für: Herrn Dr. Ulrich Brock	
Jan Ingwersen - CDU	Vertretung für: Herrn Jochen Mauritz	
Bernd Lutzkat - CDU	Vertretung für: Herrn Andreas Zander	
Dalila Mecker - LINKE & GAL	Vertretung für: Herrn Sascha Luetkens	
Stephan Wisotzki - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Vertretung für: Herrn Arne-Matz Ramcke	
Carl-Wilhelm Howe - LINKE & GAL		
Michael Matthies - Unabhängige Volt-PARTEI		
Elfi Rostkowski - SPD & FW		
Roland Vorkamp - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
<b>Beiratsmitglieder</b>		
Peter Jugert - Beirat für Menschen mit Behinderungen	Nur öffentlicher Teil	
Johannes Schindler - CDU	Nur öffentlicher Teil	
Joachim Schulz - Naturschutzbeirat	Nur öffentlicher Teil	
<b>Verwaltung</b>		
Senatorin Joanna Hagen - FB 5 - Planen und Bauen		
Karsten Schröder - 5.610 Stadtplanung und Bauordnung		
Steffi Wulke-Eichenberg - 5.660 Stadtgrün und Verkehr		

Arnd Babendererde - 5.651 GMHL	
Katharina Belchhaus - 5.610 Stadtplanung und Bauordnung	Nur öffentlicher Teil
Birgit Jannsen - 5.651 GMHL	
Christian Kunz - 5.651 GMHL	Nur bis TOP 5.2
Dierk Wallendzik - 5.660 Stadtgrün und Verkehr	
Benjamin Werner - 5.610 Stadtplanung und Bauordnung	Ab TOP 6.4.2 bis Ende des öffentlichen Teils
<b>Protokollführung</b>	
Wilk Wendorff - 5.061 Fachbereichsdienste	
<b>Gäste</b>	
David Heinlein - DB Netz	Ab TOP 6.4.1 bis Ende des öffentlichen Teils
Lotta-Marie Kampmann - DB Netz	Ab TOP 6.4.1 bis Ende des öffentlichen Teils
<b>Entschuldigte Mitglieder</b>	
<b>Mitglieder aus der Bürgerschaft</b>	
Bastian Langbehn - Unabhängige Volt-PARTEI	Abwesend
Sascha Luetkens - LINKE & GAL	Abwesend
Jochen Mauritz - CDU	Abwesend
Arne-Matz Ramcke - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Entschuldigt abwesend
Andreas Zander - CDU	Entschuldigt abwesend
Wolfgang Neskovic - Fraktion 21 Fraktionsvorsitzender	Abwesend
<b>stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.</b>	
Dr. Ulrich Brock - CDU	Abwesend
Andrea Körnich-Krombholz - BfL	Entschuldigt abwesend

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 03.04.2023	
2.2	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 02.05.2023	
2.3	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 15.05.2023	
2.4	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 05.06.2023	
3	Beschlussvorlagen	
3.1	Bebauungsplan 09.13.00 - Bornkamp / Schärenweg - Satzungsbeschluss	<b>VO/2023/12249</b>
3.2	Bebauungsplan 17.60.00 - Kronsfordter Landstraße/Karkbreite - Aufstellungsbeschluss (5.610)	<b>VO/2023/12257</b>
3.3	Betreff: Projektfreigabe Geh- und Radwegsanierung Glashüttenweg (zwischen An der Hülshorst und Nils-Bohr-Ring) 2023 - investiv (5.660)	<b>VO/2023/12262</b>
3.4	Ersatzmaßnahme - Fahrbahnsanierung Höhlfeld anstelle des Otternweges	<b>VO/2023/12235</b>
3.5	Übertragung der Erschließung für das Gebiet des Bebauungsplanes 19.03.00 - Niendorf / Holzkoppel -	<b>VO/2023/12277</b>
3.6	Außerplanmäßige Bewilligung gemäß § 82 (1) Gemeindeordnung Schleswig-Holstein von Mitteln zur Deckung von Auszahlungen, Investitionsmaßnahme 552001 820.7852000 - Wasser und Hafen, Bahnübergang Mecklenburger Str., Tiefbaumaßnahmen	<b>VO/2023/12279</b>
3.7	Außerplanmäßige Bewilligung gemäß § 82 (1) Gemeindeordnung Schleswig-Holstein von Mitteln zur Deckung von Auszahlungen, Investitionsmaßnahme 552001 833.7852000 - Wasser und Hafen, Bahnhof Skandinavienkai, Erneuerung Weichen, 49, 50 u 51, Tiefbaumaßnahmen	<b>VO/2023/12280</b>
4	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
5	Berichte	
5.1	Bericht zur erneuten Verlängerung des Modellversuchs "Fahrschein gegen Führerschein"	<b>VO/2023/12248</b>

5.2	Grundschule Koggenweg - Bericht zur Entscheidungsfindung zum Errichten eines Ersatzneubaus nach Durchführung eines Realisierungswettbewerbs	<b>VO/2023/12250</b>
6	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
6.1	Antworten zu Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen	
6.2	Neue Anfragen	
6.2.1	AM Christopher Löttsch (CDU): Verbesserung der Verkehrssituation in Lübeck	<b>VO/2023/12283</b>
6.2.2	Weitere Anfragen während der Sitzung	
6.3	Mitteilungen des Vorsitzenden	
6.4	Sonstige Mitteilungen	
6.4.1	Mündliche Mitteilung: Sachstand Fehmarnbelt-Hinterlandanbindung	
6.4.2	Mündliche Mitteilung: Baumpflege an der Wakenitz	
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
8	Verschiedenes	
9	Ende des öffentlichen Teils	
15	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentlicher Teil:

## **zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen**

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit. Er weist darauf hin, dass es sich um die letzte ordentliche Sitzung dieser Wahlperiode handelt.

Ferner macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet sind, dieses mitzuteilen. Ob jemand befangen sein könnte, entscheidet im Zweifel der Ausschuss.

Der Vorsitzende weist zudem darauf hin, dass Tonbandaufzeichnungen vorgenommen werden, die ausschließlich der Protokollerstellung dienen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass nachstehende Unterlagen zur heutigen Sitzung noch eingereicht wurden:

TOP 11.1 Beschluss zur Fortsetzung des Projektes "Buddenbrookhaus, Erweiterung, Umbau und Sanierung, Mengstraße 4+6, 23552 Lübeck" (VO/2023/12255-01)

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass gemäß § 35 Abs. 2 der Gemeindeordnung ein gesonderter Verfahrensbeschluss mit 2/3 Mehrheit über die nichtöffentliche Behandlung von Vorlagen erforderlich ist.

Er lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP en bloc abstimmen.

Herr Wisotzki beantragt, die Diskussion zu TOP 11.1 auch im öffentlichen Teil zu behandeln.

Herr Lötsch fragt, ob die Vorlage öffentlich behandelt werden könne.

Frau Hagen weist auf die Begründung für die nichtöffentliche Behandlung in der Vorlage hin.

Herr Lötsch fragt, ob Teile der Vorlage öffentlich diskutiert werden könnten.

Frau Hagen antwortet, dass das Thema diskutiert werden könne, sofern nicht über die Kosten, die Beauftragungshintergründe, also alles vertragsrelevante geredet werde.

Herr Lötsch erklärt, dass das Thema auch im öffentlichen Teil aufgerufen werde.

*Der Bauausschuss beschließt einstimmig die beantragte Erweiterung der Tagesordnung unter Anerkennung der gegebenen Dringlichkeit und die nichtöffentliche Behandlung der hierfür jeweils vorgesehenen TOP.*

## **zu 2 Genehmigung der Niederschrift**

### **zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 03.04.2023**

Keine Wortmeldung.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

### **zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 02.05.2023**

Keine Wortmeldung.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

**zu 2.3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 15.05.2023**

Keine Wortmeldung.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

**zu 2.4 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 05.06.2023**

Die Niederschrift liegt noch nicht vor.

**zu 3 Beschlussvorlagen**

**zu 3.1 Bebauungsplan 09.13.00 - Bornkamp / Schärenweg - Satzungsbeschluss  
Vorlage: VO/2023/12249**

Herr Lötsch erkundigt sich nach den Planungen der Deutschen Bahn, dort ein zusätzliches Gleis herzustellen.

Frau Belchhaus antwortet, dass das zweite Gleis nicht in die Lärmschutzuntersuchung einbezogen sei, da die Information noch nicht planerisch verfestigt sei und erst im späteren Verlauf des Verfahrens bekannt wurde. Die Prognose zu den Mehrverkehren FFBQ sei berücksichtigt.

Herr Lötsch möchte wissen, ob die Grundzüge der Planung betroffen seien, wenn der Satz gestrichen werde, dass es mit einem Mobilitätskonzept möglich sei, die Anzahl der Stellplätze zu reduzieren.

Frau Belchhaus erklärt, dass der private Stellplatzschlüssel üblich sei. Der seinerzeitige Beschluss zum Besucherparkverkehr habe sich auf Baugebiete ohne Geschosswohnungsbau bezogen. Wenn der Satz gestrichen werde, würden dadurch aber nicht die Grundzüge der Planung berührt werden.

Herr Lötsch möchte wissen, ob der B-Plan nur zum Teil umgesetzt werden könne, da die dort vorhandenen Unterkünfte noch weiterhin stehen bleiben würden.

Frau Belchhaus führt aus, dass dies im B-Plan berücksichtigt worden sei. Die Erschließung und die Geschossbebauung könne dennoch durchgeführt werden und die Unterkünfte würden zu einem späteren Zeitpunkt wegverlegt werden. Dann könne die Ausschreibung der Reihenhäuser erfolgen.

Herr Lötsch fragt, wo die Unterkünfte stehen würden.

Frau Belchhaus antwortet, dass sie dort stünden, wo die Reihenhäuser geplant seien.

Herr Howe argumentiert gegen die Streichung des Satzes zur Reduzierung der Stellplätze und verweist auf die geplante Verkehrswende. Er könne sich vorstellen, dass es in Zukunft

weniger Bedarf an Stellplätzen gebe. Er kritisiere auch, dass die B-Pläne in den letzten Jahren immer nach §13 BauGB entworfen werden würden, und so die Umweltbelange weniger Berücksichtigung finden würden.

Herr Leber weist darauf hin, dass das Gebiet ursprünglich für Studenten und wissenschaftliche Mitarbeitende gedacht gewesen sei, die Zielgruppe des Gebietes sich aber verändert habe und über ein anderes Mobilitätsverhalten verfüge.

Herr Lötsch ergänzt, dass dort ein Bahnhofpunkt vorhanden sei, der im Sinne der Verkehrswende von Nutzern der Bahn mit dem Auto angefahren werde. Er möchte von der Verwaltung wissen, ob sie bis zur Bürgerschaftssitzung darstellen könne, wo im öff. Raum noch Stellplätze herstellbar wären.

Frau Belchhaus entgegnet, dass die Planung für das Gebiet abgeschlossen sei und keine zusätzlichen Parkplatzflächen darstellbar seien.

Herr Lötsch fragt nach, ob eine solche Änderung nicht möglich sei.

Frau Belchhaus antwortet, dass die Dimensionierung und Aufteilung der Verkehrsflächen endabgestimmt seien.

Herr Wisotzki stimmt Herrn Howe zu. Es müsse darüber nachgedacht werden, wie die Leute mit der Möglichkeit ausgestattet werden können, ohne die Stellplätze auszukommen, bspw. über einen besseren ÖPNV.

Herr Pluschke konstatiert, dass die Verkehrswende eine gute Sache sei, aber an dem Zuwachs an Kfz gesehen werden könne, dass die planerische Vision nicht dem entspreche, was die Menschen wollen würden. Die ohnehin geringe Anzahl der Stellplätze solle nicht unterlaufen werden.

*Herr Lötsch beantragt, dass der Satz gestrichen wird, nach dem die Anzahl an Stellplätzen verringert werden könne, wenn ein Mobilitätskonzept vorgelegt werde.*

Der Vorsitzende lässt über seinen Änderungsantrag abstimmen:

Für den Antrag: 9 Stimmen

Gegen den Antrag: 4 Stimmen

*Der Bauausschuss stimmt dem Änderungsantrag mehrheitlich zu.*

## **Beschluss:**

1. Die während der öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuches (BauGB) und der Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB zum Entwurf des Bebauungsplanes 09.13.00 – Bornkamp / Schärenweg – abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit, der Behörden und der sonstigen Träger öffentlichen Belange hat die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck geprüft und in die Abwägung eingestellt. Gleiches gilt für die Stellungnahmen aus vorangehenden Beteiligungsverfahren nach den §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB, soweit sie für die Abwägungsentscheidung zum Bebauungsplan noch von Belang sind.

Der Bericht zur Prüfung und Abwägung der im Rahmen der durchgeführten Beteiligungsverfahren eingegangenen Stellungnahmen wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 1) gebilligt.

Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

2. Auf Grund des § 10 Abs. 1 BauGB sowie nach § 84 der Landesbauordnung wird der Bebauungsplan 09.13.00 – Bornkamp / Schärenweg – in der vorliegenden Fassung (Anlage 2) als Satzung beschlossen.  
Die zugehörige Begründung wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 3) gebilligt.
3. Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, den Flächennutzungsplan entsprechend dem beiliegenden Entwurf (Anlage 4) zu berichtigen.
4. Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, den Beschluss des Bebauungsplanes durch die Bürgerschaft gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	9
	Nein-Stimmen	4
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

*Der Bauausschuss empfiehlt mehrheitlich gemäß der geänderten Beschlussvorlage zu beschließen.*

**zu 3.2    Bebauungsplan 17.60.00 - Kronsfordter Landstraße/Karkbreite - Aufstellungsbeschluss (5.610)  
Vorlage: VO/2023/12257**

Herr Matthies möchte wissen, inwieweit das Vorhaben den B-Plan Gewerbegebiet Kronsfordter Landstraße betreffe, da es zum Lärmschutz an der auszubauenden Kreuzung Wasserfahr seiner Kenntnis nach noch Diskussionen mit den Anwohnern gebe, und fragt, ob es dazu Neuigkeiten gebe.

Frau Belchhaus erklärt, dass der Durchstich Wasserfahr bereits in dem vorigen B-Plan Gewerbegebiet Genin beschlossen und festgesetzt worden sei. Soweit bekannt sei der aktuelle Sachstand, dass die KWL hierzu weiterhin mit den Anwohnern in Verhandlung sei.

Frau Hagen ergänzt, dass die Verwaltung dies als Anfrage aufgreife und auf die KWL zugehe. Dies sei aber in Umsetzung eines bereits beschlossenen B-Plans.

Herr Howe sagt, dass er den Satz so verstanden habe, dass es sich auf den vorangegangenen B-Plan beziehe, aber dies sei offenbar nicht der Fall.

Frau Belchhaus erläutert, dass der B-Plan Gewerbegebiet Genin die Kronsfordter Allee bis zur Hälfte mit einbeziehe und mit diesem B-Plan die andere Seite nachvollzogen werden solle.

Herr Vorkamp fragt, ob der vorher beschlossene B-Plan den gesamten Straßenraum umfasse.

Frau Belchhaus entgegnet, dass dieser nur bis zur Hälfte der Straße gültig sei, was auch so üblich sei.

Herr Vorkamp erklärt, dass es in diesem Fall den B-Plan brauche, um das Gebiet planerisch abzuschließen, und Leute, die den Ausbau der Kreuzung nicht haben wollen würden, nicht zustimmen sollten.

Herr Lötsch weist darauf hin, dass das Gewerbegebiet gefördert werden solle.

### **Beschluss:**

1. Für den im Stadtteil St. Jürgen östlich der Kronsforder Landstraße und nördlich der Karkbreite gelegenen und im beiliegenden Übersichtsplan (Anlage 1) umgrenzten Bereich wird der Bebauungsplan 17.60.00 - Kronsforder Landstraße/Karkbreite - aufgestellt.

Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Erweiterung eines Gewerbegebietes zur Standortsicherung für einen dort ansässigen Gewerbebetrieb geschaffen werden.

2. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.
3. Die frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit mit der Erörterung über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB soll in Form eines zweiwöchigen Aushanges einschließlich Einstellen der Unterlagen in das Internet durchgeführt werden.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	13
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

*Der Bauausschuss beschließt einstimmig gemäß Beschlussvorlage.*

**zu 3.3    Betreff: Projektfreigabe  
Geh- und Radwegsanierung Glashüttenweg (zwischen An der Hülshorst und  
Nils-Bohr-Ring) 2023 - investiv (5.660)  
Vorlage: VO/2023/12262**

Herr Pluschkell bittet darum, dass das Straßenbegleitgrün in Form von Bäumen wiederhergestellt werde sowie auf die anliegenden Firmen zugegangen werde hinsichtlich der Begrünung und weist darauf hin, dass für mindestens zwei Grundstücke am Glashüttenweg Festsetzungen bestehen würden, nach denen Bepflanzungen vorgesehen seien, aber die Anwohner nur Rasen gesät hätten. Er wolle wissen, ob ein Beschluss gefasst werden müsse, um dies umsetzen zu lassen oder die Verwaltung dies auch so umsetze.

Frau Hagen sagt zu, sich um die genannten Punkte zu kümmern, sie könne aber noch nicht absehen, welche Kosten dadurch entstünden.

Herr Lötsch fragt, ob der morgige Hauptausschuss dazu morgen eine Information erhalten könne.

Frau Hagen antwortet, dass sie dies nicht zusagen könne.

Herr Lötsch sagt, dass er keine Vorlage brauche, die geändert werden müsse, die Aussage sollte ausreichend sein.

### **Beschluss:**

Der Bürgermeister wird ermächtigt, die Baumaßnahme Geh- und Radwegsanierung Glashüttenweg (zwischen An der Hülshorst und Nils-Bohr-Ring) umzusetzen.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	13
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

*Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß der Beschlussvorlage zu beschließen.*

<b>zu 3.4 Ersatzmaßnahme - Fahrbahnsanierung Höhlfeld anstelle des Otternweges Vorlage: VO/2023/12235</b>
---

Herr Lötsch kritisiert, dass in der Vorlage nicht genannt wird, ob der Otternweg 2024 saniert werde.

Frau Wolke-Eichenberg erklärt, dass sie eine Sanierung zu 2024 nicht fest zusagen könne, da der Weg durch eine kürzlich erfolgte Maßnahme der EBL verkehrssicher sei.

Herr Lötsch sagt, dass die CDU der Vorlage zustimme, wenn fest zugesagt werde, dass der Otternweg 2024 saniert werde. Ansonsten werde die Vorlage abgelehnt.

Frau Wolke-Eichenberg erklärt erneut, dass sie bei den derzeitigen Kapazitäten keine feste Zusage geben könne.

Herr Wisotzki zweifelt an dem Nutzen, die Straße Höhlfeld zu sanieren, da die Straße nur ein paar Felder erschließe und dort kaum einer langfahre. Das Geld könne sinnvoller eingesetzt werden.

Herr Pluschkell berichtet, dass bei der Maßnahme am Otternweg etwas falsch gelaufen sein müsse. Er stimmt Herrn Wisotzki zu, die Straße Höhlfeld sei im Wesentlichen dafür da, dass Bauern mit ihren Treckern die Felder erreichen könnten. Er schlägt vor, die Straße zu sperren und nur noch dem Geh- und Radweg zur Verfügung zu stellen.

Herr Matthies fragt, wann die Sanierung der Straße Höhlfeld ursprünglich geplant gewesen sei.

Frau Wolke-Eichenberg entgegnet, dass sie dies nicht direkt beantworten könne, die Sanierung sei ursprünglich nicht dieses Jahr geplant gewesen. Die Straße sei aber stark sanierungsbedürftig und werde vermehrt für den Radverkehr genutzt.

Herr Lötsch sagt, dass die Straße als Radverbindung in Ordnung sei, aber dort nicht viel Autoverkehr statfinde. Er beantragt, dass der Otternweg 2024 saniert werde.

Der Vorsitzende lässt über seinen Antrag abstimmen.

Für den Antrag: 13 Stimmen

*Der Bauausschuss nimmt den Antrag einstimmig an.*

Herr Pluschkell schlägt vor, die Straße Höhlfeld so zu sanieren, dass sie zukünftig als Geh- und Radweg genutzt werden könne.

Herr Lötsch wirft ein, dass er den Landwirten nicht die Zuwegung zu ihren Feldern nehmen wolle.

Herr Pluschkell sagt, dass die Straße vermutlich derart saniert werden müsse, dass sie mit einem Trecker oder Mähdrescher passierbar sei, aber dann die Frage bestehe, ob die Hansestadt Lübeck die Straßen für die Landwirte derart ausbauen müsse. Es gebe auch Wege in deutlich schlechterem Zustand, die von Landwirten passiert werden würden. Für Autos sei es kein Problem, über den Schanzenbergweg zu fahren. Er sei dafür, die Straße für den Fuß- und Radverkehr in Ordnung zu bringen und es den Landwirten selber zu überlassen, wie sie ihre Felder erreichen könnten.

Frau Hagen schlägt vor, im Rahmen einer DSK-Sanierung für eine bessere Befahrbarkeit zu sorgen.

Herr Lötsch hält den Vorschlag nicht für ausreichend, da es aussehe, als ob die Schäden nicht nur an der Oberfläche vorhanden seien. Er wolle den Antrag aber auch nicht vertagen. Es sei die Frage, ob eine Straßenverbindung gekappt werden solle.

Herr Pluschkell weist erneut auf den Schanzenbergweg für den Autoverkehr hin.

Herr Vorkamp erklärt, dass der Zustand der Straße nicht derart sei, dass es für Radfahrende nicht passierbar sei und Treckerfahrer könnten sich dort ebenfalls bewegen. Er spreche sich dafür aus, die Vorlage abzulehnen.

## **Beschluss:**

### ***Beschlussvorschlag für den Hauptausschuss:***

Der Bürgermeister wird ermächtigt, die Baumaßnahme „Fahrbahnsanierung Höhlfeld“ anstelle der „Fahrbahnsanierung Otternweg“ mit Mehrkosten von 204.000,00 Euro auszuschreiben.

### ***Beschlussvorschlag für die Bürgerschaft:***

Der Bürgermeister wird ermächtigt die notwendige außerplanmäßige Mittelverschiebung in Höhe von 129.000,00 Euro vorzunehmen. Eine außerplanmäßige Verschiebung in Höhe von 250.000,00 Euro ist bereits erfolgt.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	4
	Nein-Stimmen	7
	Enthaltungen	2
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
Ohne Votum		

*Der Bauausschuss lehnt die Beschlussvorlage mehrheitlich ab.*

**zu 3.5 Übertragung der Erschließung für das Gebiet des Bebauungsplanes 19.03.00 - Niendorf / Holzkoppel - Vorlage: VO/2023/12277**

**Beschluss:**

Die Erschließung für das Gebiet des Bebauungsplanes 19.03.00 - Niendorf / Holzkoppel - der Hansestadt Lübeck wird durch Vertrag auf das Unternehmen „Marco Fibelkorn Baumanagement“ in 23556 Lübeck übertragen.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	11
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	2
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

*Der Bauausschuss beschließt einstimmig gemäß der Beschlussvorlage.*

**zu 3.6 Außerplanmäßige Bewilligung gemäß § 82 (1) Gemeindeordnung Schleswig-Holstein von Mitteln zur Deckung von Auszahlungen, Investitionsmaßnahme 552001 820.7852000 - Wasser und Hafen, Bahnübergang Mecklenburger Str., Tiefbaumaßnahmen Vorlage: VO/2023/12279**

Herr Matthies bittet zu TOP 3.6 und TOP 3.7 um die schriftliche Beantwortung der folgenden Anfrage:

In der Vorlage VO/2023/12279 wird ausgeführt, dass bei dem 2021 begonnenen Projekt eine weitere Übertragung der bereit gestellten Mittel von 2022 nach 2023 nicht möglich war. Jetzt sei es aber aufgrund von vorliegenden Rechnungen dringend erforderlich eine außerplanmäßige Bewilligung zu ordnen und eine Befassung der Bürgerschaft damit vor der Sommerpause zu erreichen.

Eine fast wortgleiche Begründung gibt es auch für die Vorlage VO/2023/12280.

Daraus ergeben sich drei Fragen:

1. Warum war eine Übertragung der Mittel von 2022 nach 2023 nicht möglich?
2. Warum stellt die LPA in beiden Fällen die Anträge auf außerplanmäßige Bereitstellung der finanziellen Mittel erst sechs Monate nach Jahresbeginn, wenn die zu bezahlenden Rechnungen schon vorliegen und dringend bezahlt werden müssen?
3. Ist mit einem Skontoverlust zu rechnen, sollte die Bürgerschaft die Bewilligung nicht vor der Sommerpause erteilen können?

**Beschluss:**

Bei dem Produktsachkonto 552001 820.7852000 – Wasser und Hafen, Ersatz BÜ Mecklenburger Str., Tiefbaumaßnahmen werden für das Haushaltsjahr 2023 442.000,00 EUR zur Deckung des Bedarfes außerplanmäßig bewilligt.

Deckung: Eine Deckung in Höhe von 422.000,00 EUR erfolgt aufgrund von absehbaren Minderauszahlungen aus dem Produktsachkonto 552001 106.7852000 – Wasser und Hafen, Erneuerung Kaimauer Kohlenhofkai, Tiefbaumaßnahmen. Die Mittel stehen auf dem genannten Produktsachkonto im Haushalt 2023 zur Verfügung.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	13
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

*Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.*

**zu 3.7 Außerplanmäßige Bewilligung gemäß § 82 (1) Gemeindeordnung Schleswig-Holstein von Mitteln zur Deckung von Auszahlungen, Investitionsmaßnahme 552001 833.7852000 - Wasser und Hafen, Bahnhof Skandinavienkai, Erneuerung Weichen, 49, 50 u 51, Tiefbaumaßnahmen  
Vorlage: VO/2023/12280**

**Beschluss:**

Bei dem Produktsachkonto 552001 833.7852000 – Wasser und Hafen, Bahnhof Skandinavienkai, Erneuerung Weichen 49, 50 und 51, Tiefbaumaßnahmen werden für das Haushaltsjahr 2023 325.000,00 EUR zur Deckung des Bedarfes außerplanmäßig bewilligt.

Deckung: Eine Deckung in Höhe von 325.000,00 EUR erfolgt aufgrund von absehbaren Minderauszahlungen aus dem Produktsachkonto 552001 106.7852000 – Wasser und Hafen, Erneuerung Kaimauer Kohlenhofkai, Tiefbaumaßnahmen. Die Mittel stehen auf dem genannten Produktsachkonto im Haushalt 2023 zur Verfügung.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	13
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

**zu 4 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft**

**zu 5 Berichte**

**zu 5.1 Bericht zur erneuten Verlängerung des Modellversuchs "Fahrschein gegen Führerschein"  
Vorlage: VO/2023/12248**

**Bericht:**

Am 13.03.2023 hat der Hauptausschuss mit der VO/2023/11947 die finanziellen Mittel für die Verlängerung des Modellversuchs „Fahrschein gegen Führerschein“ für das Jahr 2023 freigegeben. Diese Mittel waren bereits Anfang Mai 2023 erschöpft. Der Modellversuch wird weiterhin durchgeführt und zusätzlich Finanzmittel bis zur Höhe von 171.500,- EUR wurden zur Verfügung gestellt.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.2 Grundschule Koggenweg - Bericht zur Entscheidungsfindung zum Errichten eines Ersatzneubaus nach Durchführung eines Realisierungswettbewerbs  
Vorlage: VO/2023/12250**

Frau Haltern erklärt, dass die SPD die Umsetzung der Varianten 3 und 5 empfehle mit dem Hinweis, dass bei dem Wettbewerb das pädagogische Konzept den Vorrang haben solle. Es sei positiv hervorzuheben, dass der Interimsbau nicht benötigt werde.

Herr Lutzkat drückt seine Begeisterung über den Bericht aus, er könne dem Vorschlag der Verwaltung ohne Bedenken folgen. Es sei eine deutliche Verbesserung gegenüber dem jetzigen Zustand und die Schule könne durch die Varianten 3 und 5 nur gewinnen.

Herr Wisotzki fragt, ob in den Kosten die CO2-Folgekosten berücksichtigt worden sind.  
Herr Kunz antwortet, dass die Ökobilanz überprüft worden sei, aber nicht die CO2-Folgekosten.

## **Bericht:**

Ausgehend von den Rückmeldungen aus der Sitzung Bauausschusses vom 21.02.2022 zum Bericht zur Entscheidung hinsichtlich einer baulichen Variante für die Grundschule am Koggenweg (VO/2021/10666) wurden im weiteren Verlauf des Jahres 2022 weiterführende Betrachtungen durchgeführt, um folgende Fragen zu beleuchten:

- Welche baulichen Varianten lassen sich auf dem Schulgrundstück umsetzen?
- Wie lassen sich die Aspekte des Klimaschutzes in der Entscheidungsfindung berücksichtigen?

Um diese Frage zu erörtern, wurden ein Architektur- und ein Ingenieurbüro für Bauphysik zurate gezogen. Die Ergebnisse zur Beantwortung der Fragen und das angestrebte weitere Vorgehen sollen mit diesem Bericht erläutert werden.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

## **zu 6      Anfragen / Antworten / Mitteilungen**

### **zu 6.1      Antworten zu Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen**

#### **6.1.1 Sachstand Fernwärmesatzung (Herr Ramcke) – Fachbereich 3**

##### **TOP 3.1 am 21.11.2022**

Herr Ramcke fragt nach dem aktuellen Stand der Fernwärmesatzung.

##### **Antwort**

Mit der Erstellung der Fernwärmesatzung wird abgewartet, bis der Kälte- und Wärmeplan, mit dessen Erstellung die Stadtwerke beauftragt sind, vorliegt. Die Fernwärmesatzung wird dann in das erarbeitete Konzept eingebettet.

*Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.*

## **6.1.2 Straßensanierung Rathenaustraße (Herr Pluschkell) – 5.660**

### **TOP 6.2.3 am 05.06.2023 (VO/2023/12270)**

1. In welcher Art (Asphaltstraße, Großpflaster usw.) wird die Rathenaustraße saniert?
2. Wie hoch sind die tatsächlichen Kosten im Vergleich zu den geplanten Kosten?
3. Wann werden die Baumaßnahmen voraussichtlich abgeschlossen sein?

Die Beantwortung kann auch gerne während der Sitzung am 05.06.2023 mündlich zu Protokoll erfolgen.

#### **Antwort**

*1. In welcher Art (Asphaltstraße, Großpflaster usw.) wird die Rathenaustraße saniert?*

Die Verwaltung legte den Gremien die Vorlage VO/2022/11153 Masterplan Rathenaustraße mit der Empfehlung einer geänderten Bauweise in Pflaster vor. Der BA hat am 20.06.2022 beschlossen, die kostengünstigere Sanierung in Asphalt auszuführen ist.

*2. Wie hoch sind die tatsächlichen Kosten im Vergleich zu den geplanten Kosten?*

Die investiven Kosten wurden mit 240.000 EUR geschätzt, die beauftragten investiven Sanierungsarbeiten belaufen sich auf 280.000 EUR. Die Steigerung im Vergleich zur Kostenschätzung aus dem Jahr 2021 erklärt sich durch die allgemeine Baupreisentwicklung.

*3. Wann werden die Baumaßnahmen voraussichtlich abgeschlossen sein?*

Die Baumaßnahme wird in der Zeit vom 22.05.-18.07.2023 ausgeführt.

*Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.*

## **6.1.3 Behandlung von Wurzelräumen (Frau Mählenhoff) – 5.660**

### **TOP 6.2.7 am 05.06.2023**

Frau Mählenhoff sagt, dass sie eine Anfrage zu dem Wurzelraum von bestimmten Bäumen an der Untertrave gestellt habe; auf die Anfrage sei damals geantwortet worden, dass noch keine Ergebnisse vorlägen und noch eine Vegetationsperiode gewartet werde. Jetzt wurde auf einiger der Bäume eine Art Substrat gekippt. Sie wolle wissen, was das Ergebnis gewesen sei.

#### **Antwort**

Im Oktober 2022 wurden Baumuntersuchungen an den Linden der Untertrave und in der Eschenburgstraße durchgeführt. An drei Bäumen der Untertrave wurde 2022 Boden abgesaugt und ein Baums substrat eingebaut, das ein gleichmäßiges und stabiles luft- und wasserdurchlässiges Bodengefüge erzeugen soll. Der anstehende Boden im Bereich des Gehweges besteht vorwiegend aus Sand- und Ziegelresten und ist sicherlich der Hauptgrund für die schlechte Entwicklung der Linden an diesem Standort. Wasser und Nährstoffe können nur bedingt gehalten werden. An den drei Linden wurden Zugversuche durchgeführt, die eine Standsicherheit nachgewiesen haben, aber einen generellen Bodenaustausch ausgeschlossen haben. Zur Herstellung der Verkehrssicherheit wurden im Bereich der Wurzelteller die vorhandenen Platten aufgenommen und eine ca. 8cm starke Deckschicht ohne Bindemittel (Lehm Kies 0-11mm) eingebaut. Die Bäume werden weiter beobachtet.

*Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.*

## 6.1.4 B-Planverfahren in Nachbarkreisen (Herr Lötsch) – 5.610

### TOP 6.2.1 am 02.05.2022 (VO/2022/11081)

Welche neue B-Planverfahren für Gewerbe- und Wohngebiete sind in den Nachbarkreisen bekannt?

Welche Größen sind vorgesehen?

Bitte um schriftliche Beantwortung.

### Antwort

Die Hansestadt Lübeck wird bei Bauleitplanungen der Nachbargemeinden im Rahmen der TÖB-Beteiligung nach §4 Abs. 1-2 BauGB i.V.m. §2 Abs. 2 BauGB beteiligt.

Die Hansestadt Lübeck wurde seit dem 01.01.2020 an folgenden Bauleitplanungen der Nachbargemeinden beteiligt, die das Planungsziel verfolgen, zusätzliches Baurecht für Wohn- oder Gewerbenutzungen zu schaffen:

Gemeinde	Bau-leit-plan	Nr.	Änd.	Verfahrens-schritt	Jahr	Planungsziel
<b>Wohnen</b>						
Bad Schwartau	B-Plan	79		4 (2)	2020	Nachverdichtung
	B-Plan	19	11	4 (1)	2020	Nachverdichtung
	B-Plan	67	2	4 (1)	2020	Nachverdichtung
	B-Plan	85		4 (1)	2022	Nachnutzung Hofstelle (ca. 4 MFH)
	B-Plan	83		4 (2)	2023	Nachverdichtung
Dassow	B-Plan	38		4 (1)	2022	dörfliches Wohngebiet (ca. 7 EFH)
	B-Plan	26		4 (2)	2023	Arrondierung Ortslage (ca. 10 WE)
Groß Sarau	B-Plan	20		4 (1)	2021	Schaffung eines Wohngebiets (ca. 40 WE)
Klein Wesenberg	B-Plan	11	12	4 (1)	2020	Schaffung eines Wohngebietes (ca. 28 WE)
Krummesse	B-Plan	15		4 (2)	2020	Schaffung eines Wohngebietes (ca. 30 WE EFH + Seniorenwohnanlage)
Ratekau	B-Plan	31	2	4 (2)	2020	Nachverdichtung
	B-Plan	69	1	4 (2)	2020	Schaffung eines Wohngebietes (ca. 120 WE)
	B-Plan	105		4 (1)	2022	Schaffung eines Wohngebiets (ca. 25 WE)
	B-Plan	14		4 (2)	2021	Schaffung eines Wohngebiets (ca. 22 WE)
Stockelsdorf	B-Plan	82		4 (1)	2020	Nachverdichtung
	B-Plan	87		4 (1)	2021	Nachverdichtung Dorfkern (ca. 2 WE) u. Arrondierung (ca. 6 WE)
	B-Plan	88		4 (2)	2021	Nachverdichtung
	B-Plan	91		4 (1)	2023	Schaffung eines Wohngebiets Innenentwicklung (ca. 70 WE MFH)
<b>Gewerbe</b>						
Bad Schwartau	B-Plan	84		4 (1)	2022	Gewerbegebiet ca. 2 ha
Dassow	F-Plan		1	4 (1)	2020	Gewerbegebiet ca. 60 ha (Hinweis: Fortführung bisher nicht bekannt)
Ratekau	B-Plan	32	4	4 (1)	2022	Gewerbegebiet ca. 1,3 ha
Selmsdorf	B-Plan	9		4 (2)	2020	Gewerbegebiet ca. 35 ha

Grundsätzlich ist zu berücksichtigen, dass Bauleitplanungen immer ergebnisoffene Verfahren sind und teilweise nicht fortgeführt werden. Insbesondere nach der frühzeitigen Beteiligung nach §4 Abs.1 BauGB kann es zu wesentlichen Änderungen bei den Planungszielen kommen oder ein Verfahren eingestellt werden.

*Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.*

### **6.1.5 Nachpflanzungen von Bäumen im Straßenraum (Herr Lötsch) – 5.660**

#### **TOP 6.2.4 am 05.06.2022**

Herr Lötsch fragt, wann die Bäume im Straßenraum nachgepflanzt werden würden. Er habe eine Nachfrage zu Nachpflanzungen gehabt und es sei bislang kein neuer Baum gepflanzt worden.

#### **Antwort**

Die Nachpflanzung des Leerplatzes L153, nachdem in der ursprünglichen Anfrage gefragt wurde (beantwortet in der Sitzung des Bauausschusses am 21.11.2022, TOP 6.1.3) in der Schlutuper Straße wird nun geplant und beauftragt. Eine Ausführung wird im Winter 2023/24 erfolgen.

Ergänzende Ersatzpflanzungen wurden zuletzt in Travemünde in den Straßen Mittschiffs, Skandinavienallee, Ivendorfer Landstraße und Kleiner Belt durchgeführt.

Bereits für den Herbst 2023 geplante Ersatzpflanzungen sind in den Straßen An der Untertrave, Havemeisterweg und Einsiedelstraße geplant.

Generell werden Bäume im Zeitraum von Oktober bis April gepflanzt.

*Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.*

Herr Lötsch weist darauf hin, dass er von der Verwaltung eine Übersicht der ausstehenden Antworten erbeten habe und die offenen Anfragen noch beantwortet werden sollen.

<b>zu 6.2 Neue Anfragen</b>
-----------------------------

<b>zu 6.2.1 AM Christopher Lötsch (CDU): Verbesserung der Verkehrssituation in Lübeck Vorlage: VO/2023/12283</b>
--

#### **Anfrage:**

Ich bitte um Beantwortung folgender Fragen zur Verkehrssituation:

Werden in Lübeck an unübersichtlichen Kreuzungen, an denen rechts vor links gilt, sogenannte „Haifischzähne“ als Markierung auf die Straße gebracht?

Wenn nein, warum nicht?

Warum wird im Zuge der Fehlingstraße im Stadtteil Travemünde beispielhaft jeweils im Bereich der Einmündungen mit den Straßen „Steenkamp“, „Ziegenhorst“ und „Mühlenberg“ nicht sogenannte „Haifischzahn“-Markierungen angebracht?

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

## zu 6.2.2 Weitere Anfragen während der Sitzung

### 6.2.2 Fassadenbegrünung Yachtclub Travemünde (Herr Howe)

Herr Howe sagt, dass der Yachtclub Travemünde eine Halle gebaut habe, die gem. des B-Plans bei der Möwenbadeanstalt begrünt werden müsse, es aber nicht ist. Er fragt, ob der Yachtclub darauf hingewiesen wird.

#### Zwischenantwort

Es wird eine Antwort zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

*Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.*

### 6.2.3 Freifläche Drägerpark (Herr Howe)

Herr Howe fragt, wann die Freifläche am Drägerpark für die jugendliche Bespaßung hergerichtet werden solle.

#### Antwort

Herr Wallendzik antwortet, dass die Anlage im September gebaut werde. Vor den Sommerferien habe man es aufgrund der Fristen des Vergaberechts nicht schaffen können.

*Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.*

### 6.2.4 Halteverbot Ziegelstraße (Herr Pluschkell)

Herr Pluschkell bittet darum, das absolute Halteverbot in der Ziegelstraße 137-141 zu überprüfen, da dies für die dortigen Firmen einen erheblichen Nachteil habe, weil diese nicht mehr durch ihre Laufkundschaft und den Lieferverkehr erreicht werden könnten.

#### Zwischenantwort

Es wird eine Antwort zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

*Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.*

### 6.2.5 Vorlage Mühlentorbrücke (Herr Lötsch)

Herr Lötsch fragt, bis wann die Vorlage zur Sanierung oder Neubau der Mühlentorbrücke vorgelegt werde.

#### Antwort

Frau Wulke-Eichenberg antwortet, dass die Vorlage zum Bauausschuss am 04.09. vorgelegt werden solle.

*Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.*

### **zu 6.3 Mitteilungen des Vorsitzenden**

Herr Lötsch erklärt, dass es sich um seine letzte Sitzung als Vorsitzender und Vollmitglied des Bauausschusses handle. Er wünscht dem Bauausschuss bei der weiteren Arbeit alles Gute und dankt der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit.

Herr Lötsch beantragt, TOP 6.4.1 an das Ende der öffentlichen Sitzung zu stellen, da zu diesem TOP Gäste eingeladen seien, die noch nicht anwesend seien.

*Der Bauausschuss stimmt einstimmig zu.*

Herr Lötsch ruft TOP 6.4.2 auf.

### **zu 6.4 Sonstige Mitteilungen**

#### **zu 6.4.1 Mündliche Mitteilung: Sachstand Fehmarnbelt-Hinterlandanbindung**

Herr Schröder und Herr Werner führen in das Thema ein. Herr Werner erklärt, dass es sich im Wesentlichen um einen Veranstaltungshinweis für eine Öffentlichkeitsveranstaltung handle.

Herr Heinlein und Frau Kampmann von der DB Netz stellen den aktuellen Sachstand des Verfahrens anhand einer Präsentation, die der Niederschrift als Anlage beigefügt ist, vor. Am 06.07.2023 um 18:00 finde im Schuppen 6 eine Informationsveranstaltung der DB-Netz statt, diese sei aber nicht Teil des formellen Planfeststellungsverfahrens.

*Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.*

#### **zu 6.4.2 Mündliche Mitteilung: Baumpflege an der Wakenitz**

Herr Schindler und Herr Schulz vom Naturschutzbeirat kritisieren die Baumpflegearbeiten und die Eingriffe in den Baumbestand, die an der Wakenitz vorgenommen worden seien. Sie zeigen dazu eine Präsentation, die der Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Es sprechen hierzu, teilweise mit mehreren Wortbeiträgen, Frau Hagen, Herr Schindler, Herr Wallendzik, Herr Lötsch, Herr Howe, Frau Mecker und Herr Leber.

Frau Hagen weist darauf hin, dass das Thema in der Zuständigkeit eher beim Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung liege und dass der Bereich Stadtgrün und Verkehr nur im Auftrag der unteren Naturschutzbehörde (UNB) tätig geworden sei und die Fragen durch diese beantwortet werden müssten.

Herr Schindler erklärt, dass dies geschehen sei, aber in für den Naturschutzbeirat unbefriedigender Weise.

Herr Wallendzik bekräftigt, dass der Bereich Stadtgrün und Verkehr als Erfüllungsgehilfe tätig geworden wäre und die Maßnahmen zur Verkehrssicherung immer unter Vorgabe der UNB und von Baumsachverständigen durchgeführt worden seien.

*Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.*

<b>zu 7      Anträge von Ausschussmitgliedern</b>
---

<b>zu 8      Verschiedenes</b>
--------------------------------

Herr Lötsch ruft die öffentliche Diskussion zu TOP 11.1 auf und weist darauf hin, dass nicht über die nichtöffentlich zu behandelnden Teile der Vorlage zu diskutieren sei.

Es sprechen hierzu, teilweise mit mehreren Wortbeiträgen, Herr Lötsch, Herr Wisotzki, Frau Jannsen, Herr Vorkamp, Herr Babendererde, Frau Hagen und Herr Matthies.

Herr Pluschkell weist darauf hin, dass durch den Rückbau der Bushaltestelle und die neue Zuwegung zum Bahnhofsteilpunkt das Rettungszentrum in Moising nicht für die Feuerwehr erreichbar sei.

Herr Lötsch ruft TOP 6.4.2 auf.

<b>zu 9      Ende des öffentlichen Teils</b>
--

Der Vorsitzende schließt um 18:06 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.

Die Sitzung wird um 18:11 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

Es wird um die Teilnahme von Frau Jannsen (5.651), Herr Babendererde (5.651), Frau Wulke-Eichenberg (5.660), Herrn Wallendzik (5.660) und Herrn Schröder (5.610) am nichtöffentlichen Teil gebeten.

*Der Bauausschuss stimmt dem einstimmig zu.*

<b>zu 15      Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse</b>
---

Der Vorsitzende eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung und teilt mit, dass der Bauausschuss im nichtöffentlichen Teil keine Beschlüsse gefasst habe.

Er beendet die Bauausschusssitzung um 18:43 Uhr.

Lübeck, den 18. Januar 2024

Christopher Lötsch  
Vorsitzende/r

Wilk Wendorff  
Protokollführung